

Konsortium Ziviler Friedensdienst zur COP27: Klimakrise ist eine Gerechtigkeitskrise Sozial-ökologischer Wandel gelingt nur kooperativ

Bonn, 03.11.2022. Die Klimakrise erfordert schnelles und gemeinsames Handeln. Vor allem der globale Norden muss Verantwortung übernehmen. Die anstehende Weltklimakonferenz COP27 könnte einen Durchbruch beim Thema Klimafinanzierung bringen. Die Übernahme finanzieller Verantwortung reicht jedoch nicht aus, um Klimagerechtigkeit zu erlangen. Das Konsortium Ziviler Friedensdienst fordert anlässlich der COP27, besonders verletzte Gruppen und deren zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure bei den Verhandlungen stärker einzubinden. Nur dann können gerechte Vereinbarungen getroffen werden. Es braucht zudem ergänzende Friedensarbeit und eine Stärkung der Zivilgesellschaft, um Konflikte in der Klimakrise gewaltfrei anzugehen.

Die Klimakrise ist Teil einer globalen sozial-ökologischen Krise. Vor allem Länder des globalen Südens kämpfen mit den Folgen der Erderwärmung, obwohl sie kaum zum Klimawandel beigetragen haben. Der Weg aus dieser Krise erfordert einen tiefgreifenden Umbau von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systemen. Diese Veränderungen gelingen nur, wenn sich möglichst viele Länder zu energischem, gemeinsamem Handeln entschließen. Das spiegelt auch das Motto der diesjährigen UN-Klimakonferenz COP27, #Together4-Implementation, wider, die vom 06. bis 18.11.2022 im ägyptischen Sharm el Sheikh tagt.

„Der Umgang mit der Klimakrise ist eine globale Gemeinschaftsaufgabe, dennoch müssen vor allem die Länder des globalen Nordens in die Pflicht genommen werden“, sagt Martin Vehrenberg, Sprecher des Konsortiums Ziviler Friedensdienst. „Die Klimakrise verschärft bestehende Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Gesellschaften und Gruppen, die schon jetzt benachteiligt sind, leiden besonders unter den Folgen. Sie müssen sowohl bei den Verhandlungen, als auch bei der Umsetzung von Maßnahmen gleichberechtigt vertreten sein“, fordert Vehrenberg.

Fehlende politische Partizipationsmöglichkeiten, mangelnde Mitbestimmung und Defizite bei bürgerlichen Freiheits- und Menschenrechten schränken vielerorts den Handlungsspielraum zivilgesellschaftlicher Akteure ein. Sie bereiten jedoch die Basis dafür, dass der nötige Wandel gerecht, inklusiv und nachhaltig gestaltet werden kann. Daher müssen sie gestärkt werden. Auch Gewaltprävention ist wichtig. „Wenn der sozial-ökologische Wandel durch friedensfördernde Maßnahmen begleitet wird“, sagt Vehrenberg, „können Kooperationen entstehen, die dem Schutz des Klimas und der menschlichen Sicherheit dienen. Konflikte können dann konstruktiv gelöst werden.“

Mehr zu Klimagerechtigkeit im Hub „Frieden verbessert das Klima“:
www.ziviler-friedensdienst.org/klimakrise

Über den ZFD: Der Zivile Friedensdienst (ZFD) ist ein Programm für Gewaltprävention und Friedensförderung in Krisen- und Konfliktregionen. Er setzt sich für eine Welt ein, in der Konflikte ohne Gewalt geregelt werden. Neun deutsche Friedens- und Entwicklungsorganisationen führen den ZFD gemeinsam mit lokalen Partnerorganisationen durch. Der ZFD wird von der Bundesregierung gefördert. Fachkräfte des ZFD unterstützen Menschen vor Ort langfristig in ihrem Engagement für Dialog, Menschenrechte und Frieden. Aktuell arbeiten rund 370 internationale ZFD-Fachkräfte in 43 Ländern.

Kontakt: Öffentlichkeitsarbeit des Konsortiums ZFD, Martina Rieken: Tel: 0228-24999 18; Mail: rieken@ziviler-friedensdienst.org

Konsortium
Ziviler Friedensdienst:

Sprecher/in:
Anja Petz
Martin Vehrenberg

Aktionsgemeinschaft
Dienst
für den Frieden (AGDF)

AGIAMONDO

Brot für die Welt

Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ)

EIRENE Internationaler
Christlicher Friedensdienst

Forum Ziviler
Friedensdienst (forumZFD)

KURVE Wustrow -
Bildungs- und
Begegnungsstätte für
gewaltfreie Aktion

peace brigades
international

Weltfriedensdienst (WFD)